

München, 13.10.2015

Illegale Welpentransporte in Bayern nehmen zu - SPD fordert Expertenanhörung

Tierheime werden durch den illegalen Handel stark belastet

Die SPD-Landtagsfraktion möchte illegale Welpentransporte eindämmen. Dazu fordern die beiden tierschutzpolitischen Sprecher der Fraktion, **Susann Biedefeld** und **Herbert Woerlein**, eine Expertenanhörung im Bayerischen Landtag. Ein entsprechender Antrag wurde bereits eingereicht (Link siehe unten). Außerdem soll künftig von den bayerischen Veterinärämtern eine offizielle Statistik zu den illegalen Transporten in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich geführt werden.

Im vergangenen Jahr sind allein auf Bayerns Straßen 510 Hundebabys entdeckt worden (Quelle: Deutscher Tierschutzbund, Landesverband Bayern). „Die Dunkelziffer ist jedoch höher, da die illegalen Transporte nur zufällig bei allgemeinen Polizeikontrollen ans Licht kommen“, gibt Biedefeld zu bedenken. „Der Welpenhandel boomt. Im vergangenen Jahr wurde beispielsweise auf der A6 ein LKW mit 77 Hunden angehalten, die alle in einem schlechten Zustand waren.“

Auch die Tierheime werden durch den Handel mit Hundebabys stark beansprucht. Grund: Die beschlagnahmten Welpen werden dort abgeliefert und die Tierheime bleiben oftmals auf den Kosten sitzen. „Bis zum Ende der Quarantäne betragen die Kosten pro Hund zwischen 1500 bis 2000 Euro“, erklärt Woerlein. „Der Händler verzichtet meistens auf seinen Besitz. Dann müssen die Tierheime sowie die Kommunen, die einen Teil der Kosten für die Versorgung im Tierheim übernehmen, einspringen. Eine immense Kostenbelastung!“

Die beiden SPD-Politiker sind sich sicher: „Das große Tierleid, die hohen Kosten und der Aufwand der Polizei zeigen, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht!“

[SPD-Antrag Welpentransporte \(PDF, 211 kB\)](#)